

WIRTSCHAFTSSTANDORT SCHWEIZ – Der Bund beschliesst ein neues Gesetz, das Unternehmen entlasten soll. Anstoss zu diesem Vorhaben gab eine Motion von SVP-Nationalrätin Sandra Sollberger.

Lex Sollberger will KMU entlasten

Vergleichsweise schlanke Administrationsaufwände gehören schon seit jeher zu den wichtigsten Standortvorteilen der Schweizer Wirtschaft. Die administrativen und regulatorischen Anforderungen an Unternehmen nehmen jedoch seit geraumer Zeit zu. Ab einem gewissen Punkt wird eine übermässige Bürokratie für die Wirtschaftstätigkeit toxisch. Heute führen Unternehmen ihren Betrieb zunehmend anhand von Regulierungen, Vorschriften und amtlichen Formularen.

Das nimmt auch die Wirtschaftskammer wahr. Verstärkt beklagen Unternehmen den enormen Zuwachs an administrativem und regulatorischem Aufwand. Gerade beim Rückgrat des Schweizer Unternehmertums, den KMU, ist dieser bürokratische Mehraufwand beinahe geschäftshindernd und lenkt unnötig ab.

Die Wirtschaftskammer fordert eine Stabilisierung und mittelfristige Senkung der Belastungen für Unternehmen. Als Dachverband der Baselbieter KMU kämpft die Wirtschaftskammer gegen die zunehmende Regelungsdichte. Es braucht eine laufende Überprüfung der Gesetzes- und Vorschriftenflut. Überflüssige Gesetze, die eine gesunde Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft behindern, müssen abgeschafft werden.

Erfolg für Sandra Sollberger

Nun wird auf Bundesebene ein neues Unternehmensentlastungsgesetz

in Kraft treten. Gegen den Widerstand von links haben National- und Ständerat dem Entwurf zugestimmt. Das Gesetz regelt, dass bestehende und neue Regulierungen für Unter-

nehmen systematisch auf ihr Entlastungspotenzial geprüft und die Regulierungskosten der Unternehmen transparenter ausgewiesen werden müssen. Das Gesetz geht zurück

auf eine Motion der SVP-Nationalrätin **Sandra Sollberger**. Als Unternehmerin sind ihr die Sorgen der KMU und deren administrativen Zusatzaufwände bekannt. Im Nach-

gang zur Abstimmung im Parlament sagte sie: «Es ist wichtig, dass sich die KMU um ihre Kernaufgaben kümmern können und nicht ständig von der Politik mit immer neuen, vermeintlich guten Ideen behindert werden. Das Gesetz ist ein toller Erfolg für die KMU.»

Die Geschäftsführerin eines eigenen Malerbetriebs steht voll im Dienste der KMU. Auf Rückfrage, wofür sie sich in der kommenden Legislatur einsetzen wird, meinte sie Folgendes: «Ich werde mich weiterhin für die KMU in Bern einsetzen. Die KMU sind das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft. Es ist wichtig, dass wir die administrativen Aufwände reduzieren und die Herausforderungen, von denen unsere KMU betroffen sind, angehen. Wir müssen auch in Zukunft mehr Raum für Innovation schaffen und diese nicht durch Kontrollen und Einschränkungen verhindern.»

Baselbiet kennt Entlastungsgesetz

Im Kanton Basel-Landschaft besteht bereits seit 2005 eine gesetzliche Verpflichtung, die Regelungsdichte für KMU zu reduzieren und die administrative Belastung durch die Behörden und die Verwaltung abzubauen. Das KMU-Forum und die Regulierungsfolgenabschätzung, welche im kantonalen KMU-Entlastungsgesetz geregelt sind, sind dafür sinnvolle Instrumente. Dies war auch die Inspiration der Baselbieter Nationalrätin Sollberger für den entsprechenden Vorstoss in Bern. *Annika Bos*



Sandra Sollberger während einem ihrer Voten im Nationalrat.

Bild: zVg